



Von Rädern und Bäumen. Stürme, Dürresommer und Borkenkäfer haben dem Arnsberger Wald zugesetzt. Die abgestorbenen Fichten sollen gerodet werden, um Platz für Windanlagen zu schaffen.

Foto: Jochen Tack/Imago

Unruhe über allen Wipfeln

Annalena Baerbock hat ein Problem und Hubert Struchholz ist ein Teil davon. Er ist es schon sehr lange und er ist hartnäckig. Sogar Friedrich Merz konnte er einst für sich gewinnen. Struchholz leistet Widerstand. Von seinem Garten mit den akkurat gestutzten Hecken und den gepflegten Beeten könnte er sie wohl sehen, „die Stelzen“. So nennt er sie. Nun sitzt er im Anbau seines Hauses, im holzvertäfelten Raum mit Tresen und zwei Zapfhähnen, und blättert in Belegen für deren Aus, in Papieren, die eine grüne Idee bremsen können.

Struchholz ist 69 Jahre alt, sein grülich-schwarzes Haar und seinen Bart trägt er kurz. Keine 20 Meter entfernt, im Haus seiner Familie, wurde er geboren. Und einen knappen Kilometer entfernt, im Arnsberger Wald, auf einer Anhöhe zwischen Warstein, Allagen und Hirschberg in Nordrhein-Westfalen, fürchtet er das Unheil. 15 Windkraftanlagen, Türme in einer Höhe von rund 230 Metern bis zur Rotorspitze. „Diese Maschinen sind unvorstellbar hoch und nicht nur ihre Schatten werden uns traktieren“, sagt er. „Wenn die Anlagen erst stehen, ist hier nichts mehr wiederzuerkennen.“ Er deutet in Richtung Wald. „Wir sorgen uns um den Regenwald, kümmern uns aber nicht um den Erhalt der wertvollen Wälder vor unserer Haustür.“

Der Kampf gegen den Klimawandel wird eine ganze Generation beschäftigen, mindestens – und Konflikte hervorrufen. Was Struchholz sagt, wird wohl Teil eines solchen Konflikts werden. Er ist nicht ganz neu. Auf der einen Seite stehen die Politiker in ihren Parlamenten und Parteizentralen, das grüne, ökologische Establishment aus Umweltverbänden und Klimaschützern. Sie suchen auf die Umsetzung der Klimaziele, den Ausbau der Erneuerbaren, insbesondere der Windkraft. Auf der anderen Seite, da wehren sich regionale Naturschützer und die Menschen in den Regionen gegen die Anlagen, bremsen Projekte aus und beklagen sie – und handeln oft aus nicht weniger schlüssigeren Motiven, als es ihre Widersacher tun. Wohin nur mit all den Windrädern, die es bald brauchen wird?

Struchholz, im olivgrünen Hemd und schwarzer Weste, stützt sich mit den Ellbogen auf einen Tisch in seinem hölzernen Schankraum. Oft genug diente er ihm für Versammlungen seiner Bürgerinitiative. Nun tippt der pensionierte Industrieelektroniker mit den Fingern die Gründe auf den Tisch: Landschaftsbild, Rodungen, Artenschutz, Wasserläufe. „Wie wollen wir nachhaltig werden, wenn wir unsere Natur nicht bewahren?“, fragt er.

Er sei ja nicht gegen die Windkraft, aber gegen eine im hiesigen Wald. „Was in Berlin gemacht wird, fällt immer auf das Land zurück“, sagt Struch-

holz. „Ich zweifle am Verstand dieser grünen Politik.“
Die Klimapolitik hat an Dringlichkeit gewonnen. Davon zeugen die letzten Dürresommer, schmelzenden Polkappen und wärmsten jemals gemessenen Jahre, in denen Regierungen immer neue Klimaziele formulierten – auch in Berlin. Jetzt könnte eine ökologische Wende anstehen, ein Schub im Kampf gegen den Klimawandel. Und die Wende muss sogar anstehen. Bis 2038 will Deutschland aus der Kohle aussteigen, im kommenden Jahr wird das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet.
Als die Bundesregierung vor wenigen Wochen erklärte, Deutschland solle 2045 klimaneutral werden, machten die Grünen sogar noch Druck. Da sagte die grüne Kanzlerkandidatin Baerbock, das Klimaschutzgesetz sei ein Rahmen, der mit konkreten Maßnahmen gefüllt werden müsse. Klimaneutralität bis 2045, das ist nun ein Rennen gegen die Zeit. Welche Partei auch immer ins Kanzleramt einzieht, wird bald Farbe bekennen müssen, wie sie das in den Regionen umsetzen will, in Orten wie Warstein.
Geht es um den Ausbau der Windkraft, herrscht vor allem eines: Flaute. Seit Jahren stockt der Ausbau der Windenergie, seit 2017 ist er sogar regelrecht eingebrochen. Viel zu wenige neue Anlagen entstehen, um die anspruchsvollen Klimaziele zu erreichen. Das Problem ist komplex. Es fehlt an Flächen und einem Rahmen, in dem die Menschen auch Windräder bauen wollen, raunen einige. Doch ein wesentlicher Grund ist: der laute Widerstand in vielen Regionen.
Warstein ist kein Einzelfall. Hunderte Bürgerinitiativen im ganzen Land wehren sich gegen Windkraftprojekte. Durch ihre Klagen und die der regionalen Ökoverbände geraten zahlreiche Projekte in den Stillstand. Oft geht es dann um den Schutz der Rotmilane und anderer Federtiere, den Naturschutz und Wasserläufe, die von den tiefen Betonfundamenten der Türme unterbrochen würden. Der Bau der Anlagen in Wäldern ist besonders umkämpft. Am Ende scheitert die Mehrheit der Genehmigungen. Wer traut sich schon, Zeit und Geld zu investieren, wenn Anträge in Ämtern verstauben und Projekte vor Gericht scheitern?
„Das ist hier doch längst kein Wald mehr“, sagt Heinrich-Wilhelm Tölle. „Wir können hier einen ganzen Windpark in den Wald bauen, ohne einen einzigen Baum zu fällen.“ Tölle ist groß gewachsen, hat kurze graue Haare und eine kräftige Statur. Hier, in den Höhen über Warstein, blickt der Landwirt und Waldbesitzer über eine Fläche von mehreren Fußballfeldern, übersät von Baumstümpfen, weggebrochenen Fichten und einem Meer aus Holzspänen. In der Ferne sind noch ein paar lichte Baumgruppen zu erkennen, Eichen und



Stamm-Wähler. Hubert Struchholz (oben) lehnt die Windanlagen ab, die Waldbesitzer Heinrich-Wilhelm Tölle plant. Fotos: Jauch (2)

Buchen. Direkt vor Tölle lässt die starke Mai-Sonne die Fläche wie eine Geröllwüste erscheinen. „Wie eine Mondlandschaft“, sagt Tölle.

Vor Jahren stand hier ein dichter Fichtenwald, Hunderte Hektar groß. Erst die schweren Stürme im Winter, Kyrill und Friederike, dann die Dürre in den Sommern der vergangenen Jahre. Vor allem 2018 und 2019 regnete es in der Region so wenig, dass die Bäume kaum Harz ausbildeten. Der Borkenkäfer hatte leichtes Spiel, sich durch die Rinden der Fichten zu fressen und aus gesunden Bäumen trockenes Totholz machen.

Der Fleck, auf dem Tölle steht, gehört zu jenen 120 Hektar, die als Totalausfall bezeichnet. Tölles raue Stimme klingt erstmals etwas gedämpft und schlingert durch den Wind. „Unser Problem ist menschengemacht. Der Klimawandel ist hier längst angekommen“, sagt er.

Die Idee für den Windpark hatte er bereits, lange bevor der Borkenkäfer den Wald zerstörte. 2011 nahm er erstmals Kontakt zum Warsteiner Bürgermeister auf. Die Zeit war günstig. Die Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima führte zum deutschen Atomausstieg, die rot-grüne Landesregierung wollte den Ausbau der Windkraft beschleunigen.

Um Tölle sammeln sich weitere 24 Waldbauern, gründen Gesellschaften, steigen ins langwierige Planungsverfahren ein und gewinnen das Energieunternehmen Westfalenwind als Projektierer. Aus anfangs fünf geplanten Windmühlen werden 15, pro Anlage sollen 5000 Quadratmeter Fläche gerodet werden. Später, wenn Kräne zurückgebaut sind, können Bäume und Pflanzen wieder enger an die Anlagen heranreichen.

Als Westfalenwind im Juni 2018 den Genehmigungsantrag bei den Ämtern im Kreis Soest einreicht, hat sich die politische Stimmung der Vorjahre, als Rot-Grün regierte und ein grüner Umweltminister, Johannes Remmel, den Ausbau der Windkraft predigte, längst gedreht. Nun regiert Armin Laschet mit der FDP. Das Projekt im Arnsberger Wald wird immer bekannter und emotionale Leserbriefe füllen die Seiten der Zeitungen dieser Zeit. Eine Bürgerinitiative leistet Widerstand. Der gesamte Stadtrat steht gegen das Projekt. Der Bürgermeister wurde gewählt trotz aller Ablehnung der Anlagen – oder gerade deswegen. Kein Kandidat sprach sich für die Mühlen aus.

Zwar soll es größtenteils ein Bürgerwindpark sein, Menschen in der Region können sich an dem Projekt beteiligen, Anteile kaufen. Rund 4000 Einwendungen gegen das Projekt verhindert das

nicht. Unzählige Aktenordner füllen das Verfahren. Zwei Jahre ruhte es, die Stadt erbat sich Zeit, um den Flächennutzungsplan zu überarbeiten. Ihre Zeit ist jetzt ausgeschöpft. Kommt es nun bald zum Bau der Windmühlen?

Es ist recht still im Auto, als Tölle mit dem Auto den Arnsberger Wald abfährt. Hin und wieder weist er auf Flächen, von denen einmal eine Windmühle in den Himmel ragen soll. Am Boden gleicht sich das Bild. Kahle, sterbende Fichten, hin und wieder Buchen, Eichen und Douglasien, die den Käfern trotzen.

Mit der Pacht aus den Windparkflächen könnte er den Wald wiederaufforsten, einen resistenten Mischwald anstatt der anfälligen Fichtenkulturen. Auf 120 Jahre angelegt, mit Arten bepflanzt, die auch dann noch wachsen, wenn der Klimawandel voranschreitet. Die EU fördert das, doch die Anforderungen sind hoch.

Im Exertal betreibt Tölle bereits Windkraftanlagen, auch ein kleines Wasserkraftwerk. „Die ganze Region musste der Energie Tribut zollen. Erst wichen die Dörfer der Kohle, und heute senkt sich immer noch mancherorts der Boden“, sagt Tölle. „Aber nun könnten wir etwas gewinnen. Wir müssen nur den Anblick ertragen.“

Für Tölle ist das die Ironie seines Projekts. Während der Klimawandel in seinem Wald längst angekommen ist, scheitert er nun damit, sein Voranschreiten zu bekämpfen. Tiere würden nicht verdrängt, für jede Rodung forste man Flächen wieder auf, Kamerasysteme sorgen für die Abschaltung der Anlagen, wenn etwa ein Schwarzstorch oder Rotmilan vorbeifliegt. Zehn Jahre, unzählige Versuche, die Anlagen bauen zu können, all die Energie. Auch von der Landespolitik ist Tölle enttäuscht. „Ich fühle mich von der CDU und ihrer Energiepolitik restlos verschaukelt.“ In Kombination mit der FDP wird es nicht besser“, sagt Tölle.

Erst vor Wochen passierte in Düsseldorf ein Gesetzesentwurf das Kabinett, der einen Mindestabstand der Anlagen von 1000 Metern zur nächsten Siedlung festschreiben soll. Kommunen sollen aber selbst entscheiden, ob sie den Abstand unterschreiten.

„Der Wald sieht gut aus“, sagt Struchholz. Er lächelt. „Weil da viel Potenzial ist, um ihn als Mischwald zukunftsfähig aufzubauen.“ Struchholz' schmale Augen folgen seinem Zeigefinger über eine Deutschlandkarte. Kleine rote Flächen liegen wie eine Unwetterwarnung über dem Sauerland. Ausnahmsweise ist Rot etwas Gutes, der Schwarzstorch brütet hier. Und Brutstätten können Anlagen verhindern.

Struchholz ist nun Experte für Artenvielfalt im Arnsberger Wald, spricht von heimischen Vogelarten, Rotmilanen und Fledermäusen, Luchsen und Füchsen, Pflanzen und kleinen Quellgebieten, die

sich durch den Wald ziehen. „Wasser ist unser höchstes Gut“, sagt Struchholz. „Wir verdrängen die Tiere aus ihrem Lebensraum.“ Jede Anlage, die hier entstehe, sei eine zu viel, meint Struchholz. „Der Rechtsstreit kommt so oder so.“

Die Internetseite der Initiative wiederholt die Argumente, belegt sie mit zahlreichen Veröffentlichungen, die hilfreich sein könnten, mal aus Ministerien oder Naturschutzverbänden, mal von „Verunftkraft“, dem Zusammenschluss windkraftkritischer Initiativen – und auch aus der neuerechten Plattform „Tichys Einblick“: „Grüne Killer-Maschinen“ heißt der Beitrag.

Struchholz hat die Jahre genutzt, um sich zu vernetzen, mit Naturschützern und Politikern. Und er hat prominente Unterstützer gewonnen. Davon zeugen die Unterschriften unter einem offenen Brief. Sie schrieben an den CDU-Ministerpräsidenten Armin Laschet und die Landrätin, Eva Irrgang, seit 2007 im Amt. Sie priesen eines der „größten zusammenhängenden Waldgebiete Deutschlands“, die „historische Kulturlandschaft“, ihre besondere Bedeutung „bereits im Mittelalter“. Man fürchte die Verunstaltung des Landschaftsbilds und fordere, keine Windkraftanlagen im Arnsberger Wald zu errichten.

In ihrem Szenario steht nun die jahrhundertalte Kultur der Region wie ein Gigant 15 Windrädern gegenüber. Am Ende unterzeichnen auch der Erzbischof von Paderborn und Catharina Cramer aus der Eigentümerfamilie der Warsteiner Brauereigruppe. Und knapp darüber ein namhafter CDU-Politiker: Friedrich Merz.

Es sind eben nicht nur ein paar Bürgerinitiativen und lokale Umweltschützer. In Warstein zeigt sich wohl auch, dass es ebenso darum geht, wie sich das Land verändert – und ob. Die Klimaziele, die in der Hauptstadt, der Großstadt formuliert werden, haben in den Regionen teils viele Gegner.

Thomas Schöne hat ins Warsteiner Rathaus geladen, einen flachen Neubau im Zentrum. Der Bürgermeister, seit 2015 im Amt, trägt kurze schwarze Haare, ein lachsfarbenes Hemd, darüber ein blaues Jacket. „Ich stehe zur Windkraft, aber nicht in diesem Wald“, sagt er.

Das Projekt im Arnsberger Wald begleitet ihn seit Jahren. Gutachten, Briefe, Kommunikation zwischen den Behörden – ganze Wandschränke fülle der Fall in den Ämtern. Schöne atmet schwer beim Gedanken daran. Er spricht von der schizophoren Rolle als Bürgermeister und Behördenleiter, die Stadt Warstein sei immerhin Teil des Verfahrens. Da gelte Recht und Gesetz. Zum neuen Flächennutzungsplan, der in den vergangenen Jahren überarbeitet wurde, könne er nichts vorwegnehmen.

Schöne hat aber auch seine Grundhaltung: Im Wahlkampf 2015 positionierte er sich klar gegen das Projekt – und gewann. Die zweite Wahl 2020 gewann der CDU-Mann auch mit Unterstützung von SPD, Grünen und der Warsteiner Liste.

Schöne zeichnet das Bild einer Region, in der die Menschen eine besondere Beziehung zum Wald haben. „Ein fast mystisches Verhältnis“, sagt er. Die Pandemie und die Dürrejahre hätten das Bewusstsein, dieses Gefühl für den Wald, noch einmal verstärkt. Rund 25.000 Menschen leben hier, einige Ortsteile mit Einfamilienhäusern, weiße Fassaden und Fachwerk, der Blick auf bewaldete Hügel. „Und wenn da mal ein Windrad brennt, dann war es das mit dem Wald.“

In Warstein spiegelt sich die Ablehnung auch im Stadtrat wider. 36 Mitglieder zählt er, 16 aus der CDU, zehn aus der SPD. Beide, ebenso wie Linke, FDP und die freie Bürgergemeinschaft stellen sich gegen die Windkraft im Wald. Nur die fünf Mitglieder der grünen Warsteiner Liste zeigen sich mittlerweile aufgeschlossen: Um Vorrangflächen für Windkraft im Wald komme man nicht herum, sein Zustand sei aufgrund der Dürre und Borkenkäfer ohnehin zum Teil verheerend. „Die Debatte um den Klimawandel hat die Haltungen leicht verschoben“, sagt Schöne. Er sehe aber immer noch 70 bis 80 Prozent der Menschen gegen das Projekt. „Das kann man nicht einfach übergehen.“

Wenn es doch nur um dieses einzelne Projekt ginge. Schöne sieht einen weiteren Konflikt: einen, in dem in Städten Klimaziele erdacht werden, um sie auf dem Land umzusetzen. „Eine bigotte Diskussion“, sagt er. „Wir können den Wandel nicht allein stemmen. Die Großstädte werden einen Teil übernehmen müssen.“ Schöne wünscht sich eine Änderung des Bundesrechts, damit Kommunen wieder die alleinige Entscheidungshoheit über die Projekte gewinnen.

Heinrich-Wilhelm Tölle steht am Kofferraum seines Autos und blickt auf die Karte, die preisgibt, wo die Anlagen einst stehen sollen. Im Exertal baute er vor 23 Jahren seine erste Windkraftanlage, eine steht in Sichtweite seines Hauses. Im sauerländischen Warstein fließt seit zehn Jahren Energie in das Projekt, das nun in eine heiße Phase kommt. Dass die Anlagen kommen, ist für ihn klar. „Grüne Energie kann eben nicht nur aus der Ferne kommen, wo andere auf Windmühlen blicken.“